



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau
Ulla Jelpke, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117
FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 2 September 2017

BETREFF **Schriftliche Frage Monat September 2017**
HIER **Arbeitsnummer 9/171-2017**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung


Hans-Georg Engelke

Schriftliche Frage der Abgeordneten Ulla Jelpke
vom 15. September 2017
(Monat September 2017, Arbeits-Nr. 9/171)

Frage

Inwieweit wurden bei Kontrollen an den deutschen EU-Binnengrenzen seit 2015 Terrorverdächtige festgenommen (bitte soweit möglich Zahlenangaben machen bzw. einzelne Vorfälle gegebenenfalls im Detail darlegen), und inwieweit ist vor diesem Hintergrund und angesichts der zusätzlichen personellen und finanziellen Kosten für solche Kontrollen ihre Aufrechterhaltung mit der Begründung einer Terrorgefahr begründbar (bitte im Detail darlegen)?

Antwort

Statistiken im Sinne der Fragestellung werden von der Bundespolizei nicht geführt. Auskünfte über etwaige Feststellungen der Polizeien der Länder, die in dortiger Zuständigkeit getroffen werden, obliegen den jeweiligen Landesregierungen.

Die derzeitigen Grenzkontrollen an der landseitigen deutsch-österreichischen Schengenbinnengrenze erfolgen auf Grundlage und im Rahmen des „*Durchführungsbeschlusses des Rates mit einer Empfehlung zur Verlängerung zeitlich befristeter Kontrollen an den Binnengrenzen unter außergewöhnlichen Umständen, die das Funktionieren des Schengen-Raums insgesamt gefährden*“ vom 11. Mai 2017. Dieser Durchführungsbeschluss auf EU-Ebene rekurriert insbesondere darauf, dass sich nach wie vor eine erhebliche Anzahl irregulärer Migranten in Griechenland und entlang der Westbalkanroute aufhält, dass mit der Weiterreise dieser Migranten das Risiko irregulärer Sekundärbewegungen im Schengen-Raum weiterhin besteht sowie darauf, dass sich die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) noch im Aufbau befindet.